An die Stadtgemeinde Leibnitz Finanzverwaltung Hauptplatz 24, 8430 Leibnitz

Antrag auf eine soziale Förderung bei Gemeindegebühren für 2025

von der Antragstellerin/dem Antragsteller auszufüllen: Name der Antragstellerin/des Antragstellers: (Haushaltsvorstand)									
Anschrift:									
Beruf: Telefonnummer:									
Monatliche	s Nettoeinkommen de	r Antragstellerin/	des Antragstellers:						
Für Persone	n, die der Hausgemeir	nschaft angehörer	n, sind folgende Daten bek	anntzugeben:					
Tur reisonen, die der madsgemen			Verwandtschaftsgrad	Einkünfte in EUR					
Name	Alter	Monatliches		sonstige					
				Nettoeinkommen	Einkommer				
					<u> </u>				
Der Antrags	o Besitz	esitzer/Mitbesitz er einer Eigentun	nswohnung	nständlichen Obje	ktes				
Der Antrag	wird gestellt auf Zuerl	kennung eines zu	ischusses für:						
	sser- und Kanalbenütz		o Essen auf Rädern						
	l Hofflächenentwässer	ungsgebühren	_	o Musikschulgebühren					
o Sommerk	indergartenbeitrag		o Sommerkrippenbe	eitrag					
Kontoinhab	er für die Überweisung	g des Zuschusses:							
IBAN:			Bank:						
o Barauszah	llung o Gege	enverrechnung mi	it dem Abgabenkonto Nr.:						
Beilagen:	o Jahreslohnzettel 2024		o Vorschreibu	o Vorschreibungen Stadtgemeinde					
	o Pensionsnachweis 2025		<u>. </u>	Leibnitz/ Leibnitzerfeld 2024					
	o Alimente-/Unterh	_	24 o Sonstiges	o Sonstiges					
	o Betriebskostenab	rechnung 2024							
bekannt, dass Kenntnis, dass	die Angaben überprüft wei	rden und dass unrich lückzahlung des Före	ınd Gewissen richtig und vollst tige Angaben strafbar sind. Auß derungsbetrages nach sich zie	erdem nehme ich hie	ermit zur				
Leibnitz, am	l								
			Unterschrift der Antra	agstellerin/des Antrag	gstellers				

Richtlinien für die Gewährung einer sozialen Förderung bei Gemeindegebühren 2025

1. Die soziale Förderung bei Gemeindegebühren sieht Zuschüsse zu folgenden Gemeindegebühren vor:

Musikschulgebühren, Kindergartengebühren (Sommerkinderkrippe, Sommerkindergarten), Müll-, Wasser-Kanalbenützungs-, Dach- und Hofflächenentwässerungs-gebühren, Entgelte für Essen auf Rädern

2. Anspruchsberechtigung

Anspruchsberechtigt sind sozial bedürftige Personen.

Befreiungsvoraussetzungen sind dann gegeben, wenn der Antragsteller

- ein Einkommen einer bestimmten Art bezieht (Pension, Rente, Gehalt, Monatsbezug, Pacht, Arbeitslosengeld, Notstandshilfe) und
- das Haushaltseinkommen den jeweils geltenden Richtsätze (Grundlage ASVG) nicht überschreitet.
- Bei der Berechnung des Haushaltseinkommen sind sämtliche Einkünfte (Nettoeineinnahmen), jener Personen, die der Hausgemeinschaft angehören, zu erfassen. Zum Haushaltseinkommen zählen auch Alimentezahlungen.
- Nicht anzurechnen ist das Einkommen von Personen, die die Personenbetreuung durchführen.
- Nicht anzurechnen sind die Familienbeihilfen und Renten, die aufgrund einer körperlichen Beschädigung gewährt werden (Unfall- oder Kriegsopferrenten), sowie Studienbeihilfen, Wohnbeihilfen und Einkünfte, die wegen des besonderen körperlichen Zustandes gewährt werden (Pflegegeld, Blindenzulagen etc.), sowie Zuschüsse des Bundessozialamtes.

3. Antragstellung

- Anträge auf Zuerkennung eines sozialen Zuschusses sind mittels der aufgelegten Drucksorte bei der Stadtgemeinde Leibnitz "Finanzverwaltung" einzubringen.
- Der Antrag auf eine Förderung ist jährlich zu stellen und kann bis zum 31.12. des Folgejahres bei der Stadtgemeinde Leibnitz eingebracht werden. Ein Rechtsanspruch auf Zuerkennung einer Förderung besteht nicht.
- Der Antragsteller muss seinen ordentlichen Wohnsitz im Gemeindegebiet von Leibnitz haben.
- Der Antragsteller ist verpflichtet, jede Änderung der Anspruchvoraussetzungen unverzüglich bekanntzugeben (z.B. Erhöhung des Haushaltseinkommens.)
- Für die Zuerkennung eines sozialen Zuschusses für Mieter ist die bezahlte Betriebskostenabrechnung vorzulegen bzw. für die Berechnung des Zuschusses ausschlaggebend.
- Der Begriff "Hausgemeinschaft" umfasst alle jene Personen, die in einem gemeinsamen Haushalt wohnen bzw. gemeldet sind. Das Merkmal des gemeinsamen Haushaltes ist eine in sich abgeschlossene Wohnung (= 1 Küche, 1 Zimmer, WC, Bad).

4. Einkommensgrenzen (Nettoeinkommen) gemäß Förderungsrichtlinien:

a) Einkommen Ehepaar/Hausgemeinschaft	€	2.009,85	2.210,84	2.411,82	2.612,81	
b) Einkommen Alleinstehende	€	1.273,99	1.401,39	1.528,79	1.656,19	
c) Erhöhung pro Kind bis zum 15. Lebensjahr	€	196,57	196,57	196,57	196,57	
d) Abzug der Lehrlingsentschädigung gem. § 292 Abs.4	€	278,13	278,13	278,13	278,13	
Der Förderungsbeitrag beträgt		80 %	60 %	40 %	20 %	

Förderungsbeiträge, die im Jahr des Ansuchens € 7,27 nicht übersteigen, gelangen nicht zur Auszahlung.

- bei der Berechnung der Musikschulbeiträge werden die tatsächlich vorgeschriebenen Beiträge der Berechnung zugrundegelegt.
- bei der Berechnung des Zuschusses im Bereich der Wasser- bzw. Kanalbenützungsgebühren werden pro Person und Jahr höchstens 40 m³ in Anrechnung gebracht.
- bei der Berechnung des Zuschusses im Bereich der Müllgebühren werden die Grundgebühren pro Person pro Haushalt und Jahr sowie <u>höchstens 4 Entleerungen</u> zur Anrechnung gebracht.
- bei der Berechnung des Zuschusses im Bereich der Wasser-, Kanalbenützungs- und Müllgebühren werden Personen, die die Personenbetreuung durchführen, nicht berücksichtigt.
- bei der Berechnung der Entgelte für Essen auf Rädern ist die Anlage eines Kundenkontos im Buchhaltungssystem der Stadtgemeinde Leibnitz Vorraussetzung, damit die Lastschriftanzeige/Rechnung automationsunterstützt erfolgen kann.
- eine Doppelförderung ist nicht möglich

5. Erlöschen des Zuschusses

- Verzicht oder Tod
- Entziehung (allenfalls rückwirkend)
- bei Änderung der Anspruchsvoraussetzungen

6. Auszahlung der Förderung

Die Auszahlung des Förderbetrages erfolgt nur, wenn bei der Stadtgemeinde Leibnitz keine offenen Forderungen bestehen. Allenfalls wird der Förderbetrag mit der offenen Forderung zur Gegenverrechnung gebracht.

7. Allgemeines

- Die vorstehenden Richtlinien wurden in der Sitzung des Gemeinderates der Stadt Leibnitz vom 21.10.1993 (in Verbindung mit GR-Beschluss vom 14.01.1994, vom 13.08.1998, vom 15.12.2005, vom 23.04.2008, vom 29.03.2011, vom 30.06.2011, vom 15.05.2017, 18.10.2018 19.05.2022 und 26.03.2024) beschlossen.